

Grundlagen und Leitlinien für die Programmatik des BSW

Soziale Gerechtigkeit solidarisch finanzieren

Die Finanzierung des Sozialstaats in Deutschland

Ein Sozialstaat finanziert sich aus Umverteilung und ist somit Gegenstand von Verteilungskonflikten. Was zu sozialen Zwecken verwendet oder verteilt wird, geht letztlich zu Lasten der Erwerbseinkommen oder ihrer Kaufkraft. Der Sozialstaat ist dabei aber kein unproduktiver Kostengänger, sondern ist im Gegenteil notwendig für hohe Produktivität. Die einzige Quelle aller sozialstaatlichen Ausgaben ist letztlich das jeweils laufende Volkseinkommen. Dieses beruht fast vollständig auf der inländischen wirtschaftlichen Wertschöpfung durch Erwerbsarbeit (dem Bruttoinlandsprodukt). Bei steuerfinanzierten Leistungen oder Umlagefinanzierung in den Sozialversicherungen erfolgt diese Umverteilung unmittelbar, bei Kapitaldeckung werden Finanzinstitute und -märkte zwischengeschoben - die immer einen eigenen Anteil abziehen.

Dieses Volkseinkommen verteilt sich zu etwa 70 Prozent auf Arbeitnehmerentgelte (Löhne und Gehälter inkl. Arbeitgebersozialbeiträge, also Lohnkosten), 30 Prozent auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Im Kapitalismus sind diese Verteilungsverhältnisse nur in überschaubaren Grenzen veränderbar. Einen ausgebauten Sozialstaat und insb. soziale Sicherungssysteme gibt es überall nur, soweit dies ganz überwiegend von den abhängig Beschäftigten mit relativ hohen Sozialbeiträgen und Steuern finanziert wird.



Es muss dem BSW um den Ausbau und um eine möglichst sozial gerechte Ausgestaltung der Leistungen und der Finanzierung des Sozialstaats gehen. Anzustreben ist die Einbeziehung der gesamten Bevölkerung und aller Einkommen in ein staatlich geregeltes System sozialer Sicherung und die Erhöhung der Finanzierungsbeiträge auch von anderen Steuer- und Beitragspflichtigen als den Lohnabhängigen.

Pauschale Agitation gegen hohe Sozialbeiträge und Steuern ist ein zentrales Element neoliberaler, antisozialer Politik und gerichtet auf Leistungskürzungen. Soziale Organisationen und das BSW dürfen sich daran nicht beteiligen und einstimmen, sondern müssen dagegen argumentieren und Konzepte für eine sozial gerechtere Finanzierung dagegenstellen. Jede Entlastung eines Teils der Bevölkerung erfordert dabei in gleichem Umfang Einsparungen oder eine Mehrbelastung anderer, sei es über Sozialbeiträge oder Steuern oder über Einsparungen. Je mehr die Reichen zahlen, desto weniger müssen die Armen zahlen, und umgekehrt.

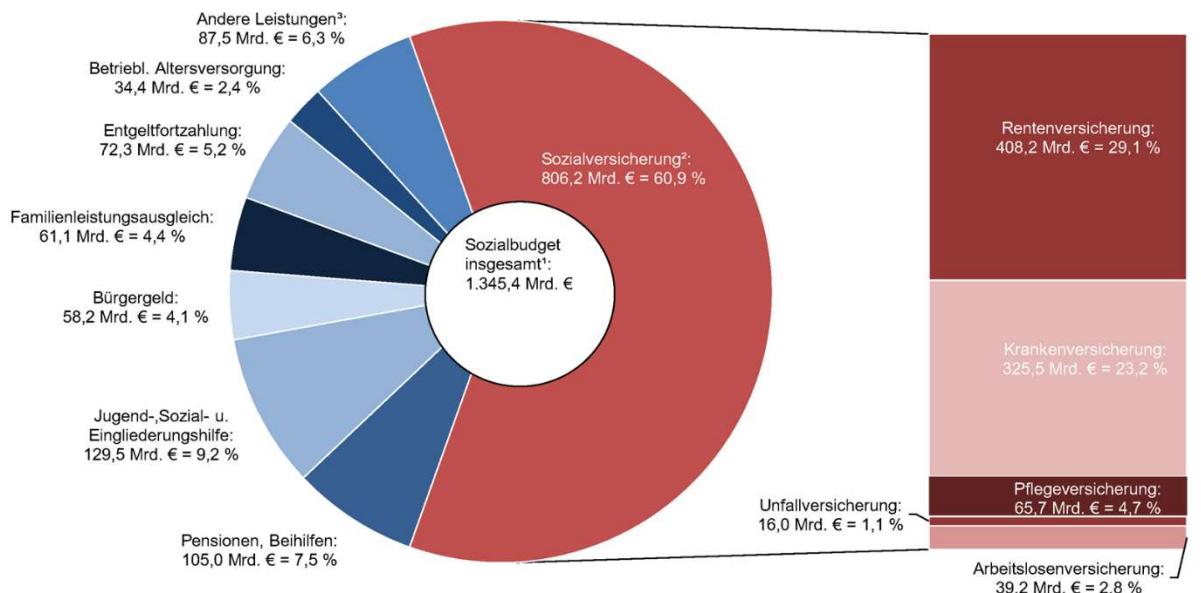
Das Problem ist, um für sehr viele Menschen spürbare Verbesserungen zu erreichen, müssen große Beträge sozial gerecht aufgebracht werden. Dazu reicht es nicht aus, Superreiche und Großkonzerne stärker zu besteuern bzw. dies zu fordern. sondern aufgrund der realen Verteilung des Volkseinkommens müssen dazu auch besserverdienende Beschäftigte und Selbstständige und die Unternehmen in ihrer Gesamtheit mehr beitragen.

Die Leistungen des Sozialstaats und die Entwicklung der Ausgaben

In Deutschland ist das Sozialleistungssystem stark durch die Sozialversicherungen geprägt. Ihre Finanzierung beruht zu etwa 80 Prozent auf Sozialbeiträgen und zu 20 Prozent auf steuerfinanzierten Zuschüssen des Staates, mit denen gesamtgesellschaftliche und nicht durch Beiträge gedeckte („versicherungsfremde“) Ausgaben abgedeckt werden. Sowohl die „Staatsquote“ (Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, BIP) wie die Sozialleistungsquote sind in den letzten Jahrzehnten weitgehend gleich hoch geblieben. Insgesamt ist das Leistungsniveau in vielen Bereichen zu niedrig und nicht zu hoch.

■ Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2024*
In Mrd. Euro und in % aller Sozialleistungen

IAQ



*¹ Geschätzte Werte ¹⁾ Sozialbudget insgesamt u. allgemeine Systeme konsolidiert um Beiträge des Staates ²⁾ Ohne wechselseitige Verrechnung der einzelnen Institutionen. Summenbildung u. isolierte Prozentuierung sind nicht möglich. ³⁾ u.a. Wohngeld, BAföG, Elterngeld, PKV
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025), Sozialbudget 2024

Sozialpolitik-
aktuell.de

Der Druck gegen den Sozialstaat wird sich in den kommenden Jahren weiter verstärken:

- die Alterung der Bevölkerung und die laufende und anstehende Verrentung geburtenstarker Jahrgänge, denen wesentlich zahlenschwächere Zugänge in den Arbeitsmarkt gegenüberstehen, führt zu wachsenden Ausgaben. Dies bedeutet keineswegs „Unfinanzierbarkeit“. Von ein

paar Prozentpunkten höherer Sozialbeiträge, die Teil der Gesamtlohnkosten sind, bricht weder die Welt noch die deutsche Wirtschaft zusammen.

- Die massive Hochrüstung schränkt den finanziellen Spielraum des Bundeshaushalts zunehmend ein. Dies führt zu zunehmendem Druck auf die Bundeszuschüsse, die eigentlich stark erhöht werden müssten, um die Beitragsätze zu begrenzen, stattdessen werden sie gekürzt.
- Die Unternehmensverbände und die Neoliberalen und Konservativen machen schon seit Jahren und zuletzt zunehmend verschärft Kampagne gegen den Sozialstaat. Ihre „rote Linie“ ist ein Gesamtbeitragsatz von 40 Prozent, der bereits überschritten ist. Wir haben es mit einem scharfen Klassenkampf von oben, des Kapitals und der Eliten gegen die Lohnabhängigen und den Sozialstaat zu tun, mit den zwei Hauptstoßrichtungen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung sowie Lohnkostensenkung und Schrumpfung des Sozialstaats, der angeblich „nicht mehr bezahlbar“ sei (Merz).

Vorschläge für ein Konzept des BSW zur gerechten Finanzierung des Sozialstaats

Notwendig ist ein Gesamtkonzept, seine argumentative Untermauerung und populäre Darstellung. Es sollte folgende Elemente umfassen und hätte damit starke Überschneidungen zu gewerkschaftlichen Vorstellungen:

1. Für bessere sozialstaatliche Leistungen und die Begrenzung von Belastungen sind positive Entwicklungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes anzustreben, die die Einnahmen aus Sozialbeiträgen und Steuern erhöhen und die Bedarfe an Sozialleistungen zum Ausgleich zu geringer Einkommen verringern. Daraus ergeben sich Anforderungen an die Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik usw. Hier spielen auch die wirtschafts- und außenwirtschaftspolitischen Forderungen des BSW eine wichtige Rolle.
2. Alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommensarten sind in eine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege einzubeziehen, mit wesentlich erhöhten oder abgeschafften Beitragsbemessungsgrenzen sowie mit Verbeitragung auch von Vermögenseinkommen.
3. Alle Erwerbstätigen sind in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, mit erhöhten Beitragsbemessungsgrenzen oder einer Rentenabgabe auf hohe Einkommen. Die Beiträge auf sehr hohe Einkommen dürfen dann aber nicht zu entsprechend hohen Rentenansprüchen führen, sondern diese sind degressiv zu gestalten und zu deckeln. Auf der anderen Seite sind die Rentenansprüche aus niedrigen Löhnen aufzuwerten und Mindestrenten für langjährig mit einem Mindestniveau an Beitragsleistungen Versicherte einzuführen.
4. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen müssen weiterhin mindestens zur Hälfte (paritätisch) zusätzlich zum Bruttoentgelt von den Arbeitgebern gezahlt werden. Es ist zu diskutieren, ob gefordert werden sollte, dass ihr Anteil auf über 50 Prozent erhöht wird.
5. Bürgerversicherung wie Erwerbstätigenversicherung bedeuten auch die Einbeziehung der bisherigen Minijobs in die Sozialbeitragspflicht und in die Einkommensbesteuerung.
6. Die Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen, mit denen deren nicht beitragsdeckte gesamtgesellschaftliche Ausgaben finanziert werden, müssen substanzell erhöht werden, um die Beitragsätze zu reduzieren oder ihren Anstieg zu bremsen.

7. Wenn die genannten Maßnahmen nicht durchgesetzt werden können oder nicht ausreichen, sind Beitragsatzerhöhungen die bessere Alternative gegenüber Sozialleistungskürzungen und Privatisierung.
8. Ein Konzept für eine sozial gerechte Reform des Steuersystems, die zugleich substantielle Mehreinnahmen erbringt, ist ein notwendiger zentraler Bestandteil eines Konzepts für den Sozialstaat. Untere und mittlere Einkommen sind zu entlasten, hohe Einkommen, große Vermögen und finanzstarke Unternehmen deutlich stärker zu besteuern, ungegerechtfertigte Steuerprivilegien abzuschaffen.
9. Einsparungsmöglichkeiten gibt es aus Sicht des BSW v.a. durch Verzicht auf die geplante massive Aufrüstung und auf Waffenlieferungen und andere Ausgaben für militärische Zwecke.
10. Sozial vertretbare oder gerechte Einsparungsmöglichkeiten beim Sozialstaat selbst gibt es v.a. bei Gesundheit und Pflege. Hier sind strukturelle Reformen zu einem integrierten Versorgungssystem nötig. Gleichzeitig gibt es erhebliche Mehrbedarfe bei der Personalausstattung für Gesundheit und Pflege und für Investitionen in öffentliche Krankenhäuser sowie für die Ausweitung der Pflegeangebote und die Sicherung flächendeckender Versorgung.
11. Die BSW-Forderung nach einem Rentensystem wie in Österreich mit deutlich höheren Renten bedeutet erheblich höhere Ausgaben, im Endeffekt über 100 Mrd. Euro jährlich, vielleicht drei Prozent des BIP. Diese werden nicht allein oder hauptsächlich durch die Einbeziehung aller Erwerbstätigen zustande kommen, sondern erfordern höhere Beitragsätze und Bundeszuschüsse.
12. Einsparungen bei Arbeitslosengeld und Grundsicherung für Erwerbslose sowie Asylbewerberleistungen gibt es durch Abbau von Arbeitslosigkeit, Maßnahmen gegen Betrug, bessere Integration in Erwerbsarbeit sowie Begrenzung und Steuerung der Einwanderung. Leistungskürzungen und verschärzte Sanktionen sind abzulehnen.
13. Wohnen muss für alle bezahlbar und darf kein Grund für Armut sein. Hier sind wohnspolitische Maßnahmen vorrangig.
14. Mehrbedarfe für öffentliche Ausgaben gibt es im Bildungswesen und bei Hochschulen und Bafög, in etlichen Bereichen der sozialen Arbeit, Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Inklusion, sowie und der Jugendarbeit, Sport und Kulturförderung für breite Bevölkerungsschichten usw. Diese Ausgaben, überwiegend für Personal, sind aus Steuermitteln zu decken.
15. Finanzbedarfe für öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Gebäude usw. sind auch durch Kreditaufnahme zu decken. Dafür ist die Schuldenbremse im Grundgesetz aufzuheben oder mindestens so zu reformieren, dass das dauerhaft möglich ist.